

Ressort: Politik

Afghanistan-Bericht: Bundesregierung fordert "strategische Geduld"

Berlin, 06.03.2018, 09:07 Uhr

GDN - Die Bundesregierung stellt sich offenbar auf ein langfristiges Engagement in Afghanistan ein. Das berichtet das ARD-Hauptstadtstudio.

In ihrem schon für Februar angekündigten Perspektivbericht zum deutschen Engagement zeichnet die Bundesregierung demnach ein düsteres Bild von der Lage im Land: Die sei geprägt durch "unzureichende Effektivität der staatlichen Verwaltung und Sicherheitskräfte, verstärkte Angriffe der Taliban sowie von IS-Gruppen, Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit, Flucht und Migration". Dass sich zwischen der afghanischen Armee und den Taliban zuletzt ein "strategisches Patt" gebildet habe, wird bereits als Fortschritt verzeichnet. Die staatlichen Sicherheitskräfte hätten sich dafür aus den ländlichen Regionen zurückgezogen und konzentrierten sich auf den Schutz der Bevölkerungszentren. Sie hätten nun "die überwiegende Kontrolle über 60 Prozent des Territoriums mit etwa zwei Dritteln der Bevölkerung". Auch im Verantwortungsbereich der Bundeswehr im Norden des Landes habe sich die Bedrohungslage verschärft. Weil der Schutz der Ausbilder nicht mehr gewährleistet werden kann, könne die Bundeswehr derzeit gerade einmal die Hälfte der vereinbarten Ausbildungsverpflichtungen erfüllen. Der Bericht liefert an dieser Stelle die Begründung für die angestrebte Aufstockung des Mandats von 980 auf 1.300 Soldaten. Die Bundesregierung betont die enge Verzahnung von ziviler Entwicklung und Sicherheit im Land. Dabei habe es seit 2001 deutliche Erfolge gegeben, etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Versorgung mit Wasser und Strom. Diese positive Entwicklung habe sich seit 2013 allerdings "deutlich verlangsamt und teils auch wieder umgekehrt". Im Human Development Index stieg Afghanistan zwischen 2004 und 2016 von Rang 173 auf Rang 169 – trotz hoher Milliardenhilfen aus Deutschland und anderen Ländern. Auch die Rahmenbedingungen für das zivile Engagement Deutschlands hätten sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert: "Kampfhandlungen, Anschläge und Entführungsfahrer erlauben Investitionen und Beratungsleistungen nur noch unter strengen Sicherheitsvorkehrungen." Breiten Raum nimmt das Thema Flucht und Migration im Bericht ein. Allein in den Nachbarstaaten Pakistan und Iran leben derzeit zwischen 4,5 und 5,5 Millionen Flüchtlinge. In Deutschland halten sich über 250.000 afghanische Staatsangehörige auf, wobei die Zahl der Asylanträge im letzten Jahr drastisch gesunken ist. Die Anerkennungsquote in Asylverfahren liegt derzeit bei 44 Prozent. Angesichts der Sicherheitslage würden derzeit "nur Straftäter, Gefährder sowie Personen, die sich hartnäckig der Identitätsfeststellung verweigern, nach Afghanistan zurückgeführt". Das habe im Jahr 2017 insgesamt 121 Personen betroffen. Die Bundesregierung will darüber hinaus die Anreize für eine freiwillige Rückkehr verstärken. Erhebliche Sorgen verbinden sich mit den für 2018 und 2019 anstehenden Wahlen. Der Bericht würdigt die Bemühungen des gegenwärtigen Staatspräsidenten Ghani um den innerafghanischen Friedensprozess. Der beginnende Wahlkampf und ein möglicher unklarer Ausgang würden aber neue Unsicherheiten schaffen. Die Absicherung der Wahlen würden "einen zusätzlichen Anspruch an die Schutzfähigkeiten der afghanischen Sicherheitskräfte stellen" und damit auch an die Unterstützung durch die Bundeswehr und ihre Verbündeten, heißt es laut ARD-Hauptstadtstudio in dem Bericht. Angesichts der schwierigen Entwicklung in Afghanistan fordert die Bundesregierung einen langen Atem und warnt vor einer Abzugsdebatte: "Der Aufbau funktionsfähiger Sicherheitskräfte, die Stärkung rechtsstaatlicher Institutionen sowie die gesellschaftliche Überwindung eines jahrzehntelangen Konflikts sind Generationenaufgaben, die strategische Geduld erfordern." Ein vorzeitiger Abbruch des militärischen oder zivilen Engagements "könnte eine Kettenreaktion mit unkalkulierbaren Folgen für die innere wie regionale Stabilität auslösen".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-102965/afghanistan-bericht-bundesregierung-fordert-strategische-geduld.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com